

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	11
A. Einleitung	13
I. Einführung in die Geschichte des Seebeutewesens	13
II. Erläuterung der Wahl der zeitlichen Begrenzung von Beginn des 18. Jahrhunderts bis zum 16. April 1856	14
III. Definition der verwendeten Begrifflichkeiten	15
1. Die Definition des Begriffes der Freibeuterei	15
2. Die Abgrenzung zwischen Repressaliennahme und Kaperwesen	16
a. Vorbemerkung	16
b. Die Repressaliennahme	17
c. Das Kaperwesen	18
IV. Verwendete Rechtsquellen	21
V. Fragestellung	23
VI. Thesen	24
VII. Methode	26
VIII. Gang der Untersuchung	27
IX. Stand der Forschung	29
B. Hauptteil	33
I. Vorbemerkung	33
II. Die Annahme eines geltenden europäischen Völkergewohnheitsrechts zur Regelung des Kaperwesens in der zeitgenössischen Literatur	33
1. Vorbemerkung	33
2. Die schriftliche staatliche Ermächtigung als Voraussetzung für den Beginn der Beutefahrt	37

a.	Grundsätze der Ausgabe des Kaperbriefes	37
b.	Die Ausgabe des Kaperbriefes durch einen fremden Souverän	38
c.	Die Ausgabe des Kaperbriefes durch mehrere Souveräne	41
d.	Weitere Voraussetzungen	42
3.	Die staatlichen Prisenerordnungen als Bekräftigung und Bestätigung der als geltend erachteten völkergewohnheitsrechtlichen Rechtsgrundsätze	43
a.	Vorbemerkung	43
b.	Der Gegenstand der Beutenahme	45
(1)	Bestimmung des Gegenstandes	45
(2)	Die Beutenahme von Staatsangehörigen des Feindes .	46
(3)	Die Beutenahme von Staatsangehörigen neutraler Nationen	50
(a)	Grundsätze	50
(b)	Ausnahmen	51
(c)	Der Sonderfall des Geleits	54
c.	Ort und Zeitpunkt der Beutenahme	58
d.	Die Praxis der Lösegeldforderung	62
e.	Begleitumstände, die die Rechtmäßigkeit der Prisennahme hinderten	63
f.	Die Sicherung der Prise	65
g.	Die Reprise als Sonderfall der Prisennahme	66
h.	Das Prisenerverfahren	69
(1)	Die Durchführung des Prisenerverfahrens als Voraussetzung für den Eigentumserwerb	69
(2)	Der Träger des Jurisdiktionsanspruchs	70
(a)	Grundsätze	70
(b)	Die Beutenahme von Angehörigen des Feindes ..	70
(c)	Die Beutenahme von Angehörigen neutraler Nationen	72
(3)	Die Prisengerichte	75
4.	Zwischenergebnis: Die Feststellung allgemeiner europäischer völkergewohnheitsrechtsrechtlicher	

Grundsätze im juristischen Diskurs der untersuchten Autoren als Reaktion auf die Anerkennung des Kaperwesens als legitimes Mittel der maritimen Kriegsführung	82
III. Das Aufgreifen der von den zeitgenössischen Rechtsgelehrten als völkergewohnheitsrechtliche Regelungen herausgestellten Grundsätze durch die Seemächte England und Frankreich in Rechtsetzung und Rechtsprechung	84
1. Einleitung	84
2. Die schriftliche staatliche Ermächtigung als Voraussetzung für den Beginn der Beutefahrt	85
a. England	85
b. Frankreich	86
3. Das Prisenrecht als Instrument der Regulierung des Kaperwesens	88
a. Der Gegenstand der Beutenahme	88
(1) Die Beutenahme von Staatsangehörigen des Feindes ..	88
(a) England	88
(b) Frankreich	90
(2) Die Beutenahme von Staatsangehörigen neutraler Nationen	92
(a) Grundsätze	92
(aa) England	92
(ba) Frankreich	95
(b) Ausnahmen	97
(aa) England	97
(ba) Frankreich	98
(c) Der Sonderfall des Geleits	100
(aa) England	100
(ba) Frankreich	101
b. Ort und Zeitpunkt der Beutenahme	101
(1) England	101
(2) Frankreich	103
c. Die Praxis der Lösegeldforderung	103

(1) England	103
(2) Frankreich	103
d. Begleitumstände, die die Rechtmäßigkeit der Prisennahme hinderten	104
(1) England	104
(2) Frankreich	106
e. Die Reprise als Sonderfall der Prisennahme	107
(1) England	107
(2) Frankreich	109
f. Das Prisenverfahren	111
(1) England	111
(2) Frankreich	114
4. Regelungen zur Kontrolle und Bekämpfung der Piraterie	119
a. England	119
b. Frankreich	121
5. Zwischenergebnis: Verifizierung der dargestellten Grundsätze durch die Entscheidungen des High Court oft Admiralty an der englischen Rechtspraxis sowie durch die Entscheidungen des Conseil des prises und den Regelungen der einzelnen Ordonnance de la marine an der französischen Rechtspraxis	123
IV. Die übereinstimmende völkerrechtliche Abgrenzung zwischen dem Erlaubnistatbestand des Kaperwesens und dem Verbotstatbestand der Piraterie	125
1. Vorbemerkung	125
2. Der Verbotstatbestand der Piraterie	126
a. Der völkerrechtliche Pirateriebegriff	126
b. Die rechtliche Stellung des Piraten	128
c. Die Strafverfolgung	132
3. Die fließende Grenzziehung zwischen der Piraterie und dem Kaperwesen	137
a. Die rechtliche Abgrenzung	137

b. Die unterschiedlichen Grenzüberschreitungen in der Praxis und ihre rechtliche Behandlung nach Ansicht des europäischen Schrifttums	138
(1) Die Grenzüberschreitung durch die Übertretung der Kapervollmacht	138
(2) Die Grenzüberschreitung durch die Annahme von Kaperbriefen fremder Souveräne	140
(3) Die Grenzüberschreitung durch die Annahme von Kaperbriefen von Aufständischen	142
(4) Die Grenzüberschreitung durch eine Beutenahme nach Friedensschluss	143
(5) Die Folgen der Grenzüberschreitung für den ermächtigenden Souverän	144
4. Zwischenergebnis: Übereinstimmende und eindeutige Abgrenzung des Erlaubnistatbestands des Kaperwesens von dem Verbotstatbestand der Piraterie	146
V. Der Weg zur Abschaffung des Kaperwesens	147
1. Der Ruf nach Abschaffung des Kaperwesens durch die europäischen Rechtsgelehrten ab dem Beginn des 18. Jahrhunderts	147
a. Vorbemerkung	147
b. Einordnung der in die Untersuchung einbezogenen Autoren	148
c. Die Gegenüberstellung der Argumentation der Befürworter und der Gegner des Kaperwesens	152
(1) Die Vereinbarkeit mit dem geltenden Völker- und Kriegsrecht	152
(2) Die unterschiedliche Behandlung der Beutenahme im Land- und im Seekrieg	156
(3) Der Einfluss auf die Dauer des Krieges und die Belastung der Zivilbevölkerung	161
(4) Die besondere politische Situation Englands	164
(5) Die besondere Gefahr der Grenzüberschreitung durch die Kaperfahrer	166
(6) Die moralische Verwerflichkeit des Kaperwesens wegen seiner Nähe zum Tatbestand der Piraterie	168

d. Zwischenergebnis: Das Streben nach einer Humanisierung des Völkerrechts als Motivation für den Ruf nach Abschaffung des Kaperwesens durch die europäischen Rechtsgelehrten	170
2. Die Gründe für das Ende des Kaperwesens durch die Unterzeichnung der Pariser Seerechtsdeklaration am 16. April 1856	173
a. Der historische Hintergrund	173
b. Die Gründe für die Verabschiedung der Pariser Seerechtsdeklaration	174
(1) Grundsätze	174
(2) Begründung und Präambel der Pariser Seerechtsdeklaration	175
(3) Beweggründe der europäischen Staaten	176
(a) Grundsätze	176
(b) Wirtschaftliche und politische Beweggründe Englands und Frankreichs	176
(c) Kein Entgegenstehen der Beweggründe der anderen europäischen Staaten	180
(d) Übereinstimmung der wirtschaftlichen und politischen Beweggründe mit den moralischen Erwägungen der zeitgenössischen Rechtsgelehrten	181
c. Zwischenergebnis: Die Motivation, die zu einem Umdenken in der Frage der völkerrechtlichen Legitimation des Kaperwesens führte, war schlussendlich nicht maßgeblich für dessen Abschaffung	183
VI. Ausblick: Piraterie in der heutigen Zeit, moderne Piraterie am Horn von Afrika	184
C. Fazit	187
Literaturverzeichnis	191